

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

5 (6.1.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Wiederholt sich Kuomintang-Mißerfolg in Japan?

Stahlkonzerne in USA diktieren die Preise

Wie leben die Völker in Westeuropa?

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs G. m. b. H. Mannheim, S. 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38. Ruf 509 35. Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15. Ruf 3421/25 - 01. Karlsruhe, Amalienstr. 69. Ruf 4023. Pforzheim, Westliche 77. Ruf 2596. Weinheim, Hauptstr. 88. Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegenommen in Mannheim, S. 3, 10. Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 5

Freitag, 6. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Wilhelm Piek an Reimann

Berlin. (NL) Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Piek, hat an den Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, folgendes Antworttelegramm auf dessen Neujahrsgrüße gesandt.

Herzlichen Dank für Ihre Glückwünsche zum neuen Jahr. Die Deutsche Demokratische Republik wird auch im kommenden Jahr den Kampf um ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Wir werden auf die im Potsdamer Abkommen garantierten Grundrechte unserer Nation, auf die Einheit Deutschlands, auf den Anspruch auf einen gerechten Friedensvertrag, verzichten. Wir werden auch im neuen Jahr bereit sein, mit allen deutschen Patrioten in der nationalen Front des demokratischen Deutschland gemeinsam für ein einheitliches, friedliebendes und unabhängiges demokratisches Deutschland zu kämpfen. In diesem Kampf wird unsere Deutsche Demokratische Republik eine feste Bastion des Friedens und des sozialen Fortschritts sein, wird sie allen Kämpfern für die friedliche nationale Zukunft unseres Volkes einen festen Rückhalt geben. In diesem Geiste begrüße ich Sie auf das herzlichste und wünsche Ihnen viel Erfolg in unserer gemeinsamen Sache, im Kampf um die demokratische Einheit und nationale Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes.

Preissteigerung auf Verlangen der USA

Dr. Adenauer verteidigt amerikanischen Kurs — Antwortet mit Lohnforderungen

Bonn. (Eig. Meldung) Auf der ersten Bundespressekonferenz im neuen Jahre erklärte Dr. Adenauer, daß die USA vom westdeutschen Bundestag die Aufhebung der Subventionierungspolitik verlangen, mit der man bisher das Hinaufschleppen der Lebensmittelpreise in gewissen Grenzen halten konnte. Seine Regierung werde diesem Verlangen nachkommen, weil sie das amerikanische Prinzip durchaus für richtig halte. Auf die Frage, ob nicht dadurch das ganze Preis- und Lohngefüge ins Wanken kommen und schwere wirtschaftliche Kämpfe heraufbeschworen würden, antwortete er: „Das kann schon sein, aber dann müssen diese Fragen in Ordnung gelöst werden und nicht in Kampf und Streit.“

Dr. Adenauer, der durch seine allgeringsamste Haltung gegenüber dem USA-Verlangen erneut bekundet, wie es um die „Souveränität“ seiner Regierung tatsächlich bestellt ist, mußte auf Befragen zugeben, daß es auch in anderen am Marshallplan beteiligten Ländern und selbst in den USA Subventionierungen gibt. Trotzdem scheint er der Meinung zu sein, die Wertigkeiten Westdeutschlands würden darauf verzichten, Lohnforderungen zu stellen und diese im Kampf durchzusetzen, wenn die schon jetzt bemerkbare Teuerungswelle durch die befehlsmäßige Aufhebung der Subventionierung einen weiteren radikalen Auftrieb erhält.

„Wir müssen alles tun, um schwere wirtschaftliche Kämpfe zu vermeiden, denn wir können sie nicht vertragen.“ beteuerte Dr.

Adenauer, als er davon sprach, daß in der nächsten Zeit das Verhältnis der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft im Einverständnis aller Beteiligten geregelt werden müsse. Wie diese „Regelung“ gedacht ist, haben die westdeutschen Scharfmacher, an der Spitze FDP-Minister Diefel, in ihren Attacken gegen das Mitbestimmungsrecht deutlich herausgestellt.

Deutsche Einheit in Bonn nicht gefragt

Der Frage eines amerikanischen Korrespondenten, wie er sich „die Beziehungen zu Ostdeutschland vorstelle“, wick Dr. Adenauer mit der witzig sein sollenden Bemerkung aus, „Diese Frage müssen Sie an den

Liefert Westdeutschland endlich Schienen an China?

Hunderttönen-Auftrag von der Volksrepublik China erteilt — USA für Nichtausführung

Mannheim. (E. B.) Das Blatt der französischen Schwerindustrie „Le Monde“, teilte am 2. Januar mit, daß die Direktion der Stahlwerke in Düsseldorf bestätigt habe, daß der von der Volksrepublik China an Westdeutschland erteilte Auftrag auf Lieferung von Schienen in einer Gesamthöhe von 100 000 Tonnen nun ausgeführt werden könne. Dieser Auftrag war von der Regierung Mao Tse-tung bereits vor etwa zwei Wochen erteilt worden. Gegen seine Ausführung hatte der amerikanische Hohe Kommissar Einspruch erhoben. Nach dem Bericht der Stahlwerke soll McCloy jetzt unter dem allgemeinen Protest der Öffentlichkeit sein Veto zurückgenommen haben.

Ob sich diese Nachricht bestätigt, muß abgewartet werden. Im Widerspruch zu ihr steht jedenfalls eine am 4. Januar veröffentlichte dpa-Meldung, nach der ein Sprecher des amerikanischen Hohen Kommissars in Frankfurt am Mittwoch erklärt habe, es sei „besser, wenn der Auftrag nicht ausgeführt werde.“ (!)

Während der drei letzten Monate soll die Sowjetunion umfangreiche Lieferungen von Eisenbahnmateriale und technischer Ausrüstungsgegenstände nach ganz China durchgeführt haben. Diese Lieferungen sollen die Volksregierung China in den Stand gesetzt haben, die Eisenbahnlinien zwischen Peking und Hankau und zwischen Hankau und Kanton wiederherzustellen.

Neujahrsrede Trumans

Washington. Der Präsident der USA, Truman, richtete am Mittwoch seine alljährliche Botschaft an den amerikanischen Kongreß. Truman, der sich in seiner Rede mit innen- und außenpolitischen Problemen auseinandersetzte, versprach u. a. dem amerikanischen Volk, daß im Jahre 2000 das

Realeinkommen der Durchschnittsfamilie den gegenwärtigen Stand um das Dreifache übertreffen werde.

„Solche Gewinne können nicht erzielt werden“, erklärte er wörtlich, „wenn unsere Arbeiter und Arbeiterinnen und ihre Gewerkschaften uns nicht helfen, die Produktivität zu erhöhen und dem Arbeitnehmer einen gerechten Anteil an den Erfolgen unseres Wirtschaftssystems zu sichern.“

Vorstoß der KPD im Bundestag

Bonn. (E. B.) Die KPD-Fraktion hat erneut einen Vorstoß gemacht, um die Frage der Benzin- und Dieselpreisrückstellungen zur Diskussion zu stellen. Die Preisrückstellung ist unter Ausschaltung des Bundestages erfolgt. Die KPD wird ihre Hand nicht dazu geben, um das Verkehrsgeerbe und den Mittelstand ruinieren zu lassen.

Wem soll mit diesem Eiertanz gedient werden?

Der Daimler-Benz-Streik und der „Mannheimer Morgen“

Der erfolgreiche Streik der drei Abteilungen von Daimler-Benz zur Einhaltung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte ist dem „Mannheimer Morgen“ einen großen Artikel im Wirtschaftsteil der Zeitung wert. Dies ist nun durchaus verständlich, nicht ganz so selbstverständlich ist die Art und Weise, wie das immerhin recht bedeutungsvolle Ereignis in dem fraglichen Artikel behandelt wird.

Der Artikelschreiber hat es in der Arbeiterstadt Mannheim schwer, seine Meinung über das Mitbestimmungsrecht, die die des Professors Erhard ist, unumwunden auszusprechen. Er muß deshalb einen Eiertanz aufzuführen, daß er gegen den Streik der Daimler-Benz-Arbeiter und gegen ein wirkliches Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist. Daß dabei selbst Unrichtigkeiten in der Darstellung der Vorgänge bei Daimler-Benz passieren, kann uns und die Daimler-Benz-Arbeiter nicht verwundern. Schon der Anfang des Artikels sagt eigent-

lich genug, wenn die Behauptung aufgestellt wird, es „haben sich bereits zahlreiche Unternehmerrkreise dafür eingesetzt, die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsbelegschaften positiv zu lösen.“ Diese Unternehmerrkreise möchten wir kennen lernen! Es könnten uns nur solche vorgeführt werden, die entweder unter Mitbestimmungsrecht die „Betriebsgemeinschaften des dritten Reiches“ oder die „patriarchalische Ordnung“, wie sie sich gewisse katholische „Unternehmer“ vorstellen, verstehen. Diesen Unternehmerr gibts noch nicht und wird es nicht geben, der von sich aus den Arbeitern ein wirkliches Mitbestimmungsrecht einräumt. Deshalb ist eine Behauptung, wie die angeführte, unwahr oder bestenfalls leeres Gerede.

Zwei Fälle des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht werden in dem Artikel angeführt. Neben dem Daimler-Benz-Beispiel erscheint auch das der Maggiwerke von Singen. Was wird dazu gesagt? „Es haben sich zwei Fälle ereignet, bei denen anscheinend Porzellan zertrümmert worden ist.“ Dies wohl nur bei dem Artikelschreiber des „Mannheimer Morgens“. Für die Arbeiter in beiden Werken ist die Unternehmerwillkür gebrochen worden.

Ungeachtet, daß in dem Artikel einem „gesunden Mitbestimmungsrecht“ scheinbar das Wort geredet wird, erfahren wir die Sorge des Artikelschreibers, die auch die der Unternehmer ist, in folgendem Satz: „Katastrophal wäre es und wenig wünschenswert, wenn durch Streikparolen, durch Mißbrauch des Mitbestimmungsrechtes erforderliche, begründete Entlassungen verhindert würden.“ Warum nicht gleich offen aussprechen, was damit gemeint ist, nämlich, Mitbestimmungsrecht nur soweit, daß die Herrschaft des Unternehmers nicht angetastet wird, er weiter tun kann, was er will und auf die Straße werfen, wen er will.

Was konkret zum Streik und seinem Ausgang bei Daimler-Benz gesagt wird, ist alles schief und unrichtig. Dessen Voraussetzung war so eindeutig, daß „zufällige Mißgeschicke“ auswichen. Uns ist nichts von einer „glücklichen Zwischenlösung“ bekannt, die darin bestehen soll, daß dem „Ingenieur, der da auf einmal (!) aufgetaucht war, erklärt wurde, er sei vorzeitig erschienen und noch nicht fix (!) angestellt“, und daß der „Betriebsrat dies zur Kenntnis und die Arbeit wieder aufgenommen wurde“. Die Unwahrhaftigkeit spricht bereits aus dem Satzteil.

Wir wollen es uns ersparen, darüber ein Wort zu verlieren, daß es sich bei dem Ingenieur — wohlgenannt: Ingenieur — der unter Umgehung des Mitbestimmungsrechtes von der Direktion eingestellt wurde,

um eine „wissenschaftliche Kraft“ gehandelt haben soll.

Der Artikelschreiber hat begriffen, daß es um die Behauptung des Mitbestimmungsrechtes in der Angelegenheit ging. Warum er die Zufügung macht, daß darauf angeblich (!) ein erworbener Anspruch bestehe, ist dabei wiederum charakteristisch. Der Schreiber des „Mannheimer Morgens“ hätte, wenn es ihm Ernst um die Angelegenheit gewesen wäre, bei seinen mehrmaligen Besuchen sich die Mühe machen und Einsicht nehmen können in das tatsächlich bestehende Betriebsabkommen bei Daimler-Benz. Und wenn er dann Zweifel über den Wert des Abkommens geäußert hätte, hätte ihm wohl keiner der umstehenden Arbeiter die Aufklärung versagt, die da lautet: Es gibt bereits eine Reihe Arbeitsgerichtsentscheidungen, die die Rechtsverbindlichkeit der Betriebsabkommen anerkennen. Es gibt eine Tatsache, die Sie ja gerade bei uns gesehen haben, die keinen Zweifel an dem Wert des Abkommens auftauchen läßt: Wir stehen geschlossen dafür ein!

Um gerecht zu sein, stimmen wir dem letzten Halbsatz des Artikelschreibers zu: „Die Vorfälle sind wertvolle Beiträge, sind Wegweiser für die Gesetzgeber bei der Formulierung des Mitbestimmungsrechtes.“

- W. G. -

Wiener Arzt bezeugt Bakterienkrieg

„Pestepidemie konnte erst eingedämmt werden, als Tschangten eingeseichert wurde“

Wien. (dpa) Der Wiener Arzt Dr. H. Kent bestätigte in einem Brief an die Wiener Zeitung „Der Abend“, daß die Japaner während des Krieges in China Bakterienangriffe durchgeführt haben. Dr. Kent, der als Chefarzt der UNRRA und des Roten Kreuzes mehrere Jahre in China tätig war, berichtet, daß im Dezember 1941 in der Stadt Tschangten, dem Zentrum des Reichshandels in Mittelechina, eine Pestepidemie ausbrach, nachdem ein japanisches Jagdflugzeug Wattlepäckchen und Reiskörner, die vermutlich mit Pestbazillen infiziert waren, abgeworfen hatte. Die Seuche sei erst eingedämmt worden, als die Stadt im Verlauf von Kampfhandlungen eingeseichert wurde.

Der Irrsinn unserer Gesellschaftsordnung Carrara. In einen „Streik mit umgekehrtem Vorzeichen“ traten arbeitslose Bauar-

Vom Diskutieren zur Tat

Von Willy Grimm

Die Frage des Mitbestimmungsrechtes steht in Westdeutschland mit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Nicht nur vereinzelt begegnete uns die Feststellung in der Presse: „Die Diskussion darüber ist in vollem Gange.“ Nur die Diskussion? Mit Nur-Diskussionen würde man sich im Lager der Unternehmer, der Bonner Bundesregierung und auch gewissen Stellen der Besatzungsmacht immerhin doch zufrieden geben. Die letzten Wochen aber zeigten, daß der Kampf um die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes in Fluß gekommen ist. Ein nicht kleiner Unterschied gegenüber dem Nur-Diskutieren.

Vor Weihnachten wurde im Maggiwerk Singen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte behauptet. Um dieselbe Zeit erkämpften sich in zweitägigem Streik die Straßenbahner der Vestischen Bahnen im Ruhrgebiet das Mitbestimmungsrecht. In den ersten Tagen des neuen Jahres haben die Daimler-Benz-Arbeiter in Mannheim den erfolgreichen Beispielen in der Verteidigung und Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes ein neues hinzugefügt. Die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte in Betrieb und Wirtschaft ist in ein neues Stadium getreten. Den Worten folgten Taten.

Ein Anfang, der recht aufschlußreich und für die künftige Entwicklung höchst bedeutsam ist. Die Arbeiterschaft ist dabei, ihre verhängnisvolle Lethargie abzulegen. Sie überwindet die lähmende Einstellung, die in der Illusion lag, daß das Mitbestimmungsrecht in Parlamenten oder von Länderregierungen — oder wie die jüngste Version war — vom Bundestag, vielleicht sogar von Dr. Adenauer, ohne ihr entscheidendes eigenes Zutun für sie gemacht würde.

Erörterungen, wie auch die schönsten Zusicherungen, die von dieser Ebene her erfolgten, hatten praktisch nichts, es sei denn die ewige Verschleppung in der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes zur Folge. Der Einsatz aber dreier Belegschaften im Kampf hat dem Mitbestimmungsrecht in ihrem Bereich Geltung verschafft.

Die drei Beispiele enthalten für alle Arbeiter eine große Lehre. Es ist keine Frage mehr, auf welchem Wege auch sie in ihren Betrieben weiter kommen können. Der Gesamtarbeiterschaft wird aber auch die Richtung gezeigt, in der die Einflußnahme auf das Zustandekommen des Gesetzes über die Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft, das im Bundestag beschlossen werden soll, möglich ist und erfolgen muß, denn auch die reaktionäre Bundestagsmehrheit kann gezwungen werden, dem Willen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Das wird der Fall sein, wenn wie in den drei angeführten Beispielen die Arbeiterschaft sich ihrer Kraft bewußt ist und sie im Kampf zur Entfaltung bringt.

Damit hat man sich schon längst im Lager der Reaktion abgefunden, daß die Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht will. Deshalb haben selbst die Unternehmerrkreise davon gesprochen, wenn sie auch im Auge haben, mit dem, was sie Mitbestimmungsrecht nennen, die Arbeiterschaft zu betrügen. Ihnen schwebt eine „Mitwirkung der Arbeitnehmer“ in Betrieb und Wirtschaft vor, die darauf hinausläuft, die „Betriebsgemeinschaft“ zwischen Arbeiter und Unternehmer nach dem Muster des Hitlerreiches wieder aufleben zu lassen. So würde ein Gesetz aussehen, das von den Beauftragten der Unternehmer, Adenauer, Erhard und Blücher, gemacht wird. Wie würden die Scharfmacher an Ruhr und Rhein samt ihren ausländischen Hintermännern, die bereits ihre Finger nach der westdeutschen Industrie ausgestreckt haben, frohlocken, wenn das Gesetz über das Mitbestimmungsrecht in der „Atmosphäre einer Grabesruhe“ erlassen werden könnte. Wie wäre es ihnen willkommen, wenn die Arbeiterschaft bis dahin Ruhe bewahren würde, um dann hinterher erst zu merken, wie sie überbottelt worden ist. Aber der Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist auf seiner eigentlichen Ebene, im Betrieb, entbrannt.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Böckler hat in seiner Neujahrsbotschaft die Forderung auf Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes im Jahre 1950 erhoben. Die Arbeiter haben verstanden, daß die Umsetzung der Forderung in die Tat, ihre und ihrer Gewerkschaften Aufgabe ist.

Gibt den deutschen Handel frei

Mehr denn je muß sich die gesamte Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Bestrebungen ausländischer Monopolisten wenden, die versuchen, die deutsche Wirtschaft und den deutschen Handel zu drosseln und zu zerschlagen. Der 100 000 Tonnen-Auftrag des neuen China zeigt, daß die Volksrepublik China bereit ist, mit allen Völkern der Welt in einen friedlichen Handel einzutreten. Deutschland braucht mehr denn je den Handel mit den fortschrittlichen Völkern des Ostens, mit der sozialistischen Sowjet-Union, den Volksdemokratien und der Volksrepublik China.

Auch die Sowjet-Union liefert

Hongkong. (dpa) Das Bestehen sowjetisch-chinesischen Handelsvertrages wurde am Dienstag von der amtlichen Nachrichtenagentur der Volksrepublik China bekanntgegeben.

Im Streiflicht gesehen

Pariser Verkehrspolizei mit Leuchtstäben

Paris. (dpa) Leuchtstäbe sind die neueste Errungenschaft der Pariser Verkehrspolizisten, nachdem sie bereits vor einiger Zeit für den Nachtdienst weiße Capes, weiße Mützenüberzüge und weiße Handschuhe bekamen. Der von einer Batterie gespeiste Leuchtstab erhellt sich automatisch, wenn er hoch oder quer gehalten wird und erlischt, wenn er wieder gesenkt wird. Nach dem Bericht der Pariser Polizei sollen sich diese probeweise eingeführten Leuchtstäbe sehr bewährt haben.

Buenos-Aires ohne Flugverbindung

Buenos-Aires. Das Bodenpersonal auf dem Zivilflugplatz von Buenos-Aires trat vor kurzem wegen Lohnforderungen in einen „progressiven“ Streik. Neun ausländische Luftverkehrsgesellschaften beschlossen daraufhin, Buenos-Aires bis auf weiteres nicht mehr anzuliegen.

Raubmord in Niederkassel

Düsseldorf. (dpa) In einem Wiesenstück in Niederkassel bei Düsseldorf wurde die Leiche des 53jährigen Straßenmusikanten Johann Reissacker aus Düsseldorf gefunden. Sie war mit Bohnenstroh zugedeckt. Der Kopf wies schwere Verletzungen auf. In der Mundhöhle befand sich ein Grasbüschel

als Knebel. Die Kleidertaschen waren leer, lediglich ein Zigarettenetui war noch vorhanden. Nach den polizeilichen Feststellungen ist der Mann auf einem Wiesenpfad, 15 bis 20 Meter vom Fundort entfernt, erschlagen worden.

Gestrandeter Marineschlepper endgültig aufgegeben

Hamburg. (dpa) Der während der Weihnachtstage vor Norderney gestrandete holländische Marineschlepper „RS 21“ ist jetzt endgültig aufgegeben worden. Der Schlepper war im dichten Nebel auf Grund geraten. Wie die Seeverwaltung des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg mitteilt, ist das Fahrzeug bereits stark versandet. Aufbauten, Schornstein und Masten ragen auch bei Flut aus dem Wasser.

Öffentlicher Kläger der Zentralspruchkammer verhaftet

Stuttgart. (LWB) Der öffentliche Kläger bei der Zentralspruchkammer in Ludwigsburg, Heinz May, wurde am Dienstag von der Landespolizei festgenommen. May soll in Bestechungsangelegenheiten verwickelt sein. Die Landespolizei will vor Abschluß der Ermittlungen keine weitere Auskunft geben.

„Die Welt“ lügt und fühlt sich wohl dabei

Mancher Leser wird sich fragen, weshalb eigentlich Zeitungen wie „Die Welt“ fortgesetzt und systematisch Nachrichten über die kommunistische Partei verbreiten, denen ohne große Mühe anzusehen ist, daß sie erstunken und erlogen sind. Da ist zum Beispiel in der Dienstagnummer an der Spitze des Blattes in dreispaltiger Überschrift zu lesen „Reimanns Stellung erschüttert“, und in den folgenden Sätzen wird schon der Nachfolger genannt. Dabei wissen „Die Welt“-Leute sehr genau, daß Max Reimann das große Referat auf der 14. Sitzung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. Dezember des eben verfloßenen Jahres, das heißt in der vergangenen Woche, zur Begründung der Resolution des Parteivorstandes über die ideologisch-politische Festlegung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gehalten hat als der hochgeschätzte Führer der Partei. Sie wissen es, weil das Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstandes in den Zeitungen der KPD schon veröffentlicht war, als sie ihre „Sensation“ in Satz gaben.

„Die Welt“ ist von ihren Gründern und Kontrolleuren gewissermaßen als eine Musterzeitung gedacht zur Erziehung von Journalisten im Geiste „abendländischer“ Kultur, „europäischer“ und „nordatlantischer“ Gesinnung. Sie nimmt deshalb eine besondere Stellung ein in dem Chor derjenigen Zeitungen, die ihre ganze Tätigkeit einer Aufgabe, nämlich der Vorbereitung zum Kriege, der Verbreitung einer Kriegsstimmung im Volke, unterordnen.

Die grimmigsten Feinde des Krieges, die opferbereitesten Kämpfer bei der Verteidigung des Friedens sind die Kommunisten. Das ist eine durch ihre Taten im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten erhärtete Wahrheit. Wenn man also den Krieg vorbereitet, wenn man Waffen aller Art produziert, Stützpunkte einrichtet und Pläne zur Aufstellung eines deutschen Kontingents in einer „europäischen“ Armee entwirft, dann muß man sich notgedrungen gegen diejenigen wenden, die das Volk dazu aufrufen, einen dicken Strich durch die falsche Rechnung zu machen. Das sind die Kommunisten.

Man kann nicht zu jeder Zeit und an jedem Ort mit den Methoden des Dritten Reiches gegen die Kommunisten wüten. Damit dies geschehen konnte in den Jahren 1933 bis 1945 erfolgte ja die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, des Dritten Reiches. Heute, da man die Kommunisten nicht einfach tötchen kann, bedient man sich anderer Mittel, bei dem Versuch, sie von den Massen des Volkes zu trennen, bei dem Versuch, es ihnen unmöglich zu machen, den Kampf des Volkes gegen den Krieg und für die Verteidigung des Friedens zu organisieren. Eine Rolle erster Ordnung bei der Kriegsvorbereitung und im Kampfe gegen die Friedenskräfte ist von den Imperialisten ihrer Presse zugeteilt. „Die Welt“ fühlt sich sehr wohl dabei.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Presse ist die Verbreitung von Nachrichten. Der Zeitungsläser will wissen, was in der Welt los ist. Und was, wo auch immer, geschieht, zeugt für die Kommunisten. Was die Hauptsache angeht, die Rüstungen zum Kriege vollziehen sich längst vor aller Augen und also schon lange nicht mehr im Geheimen. Diese Tatsache zeugt für die Kommunisten, denn sie bestätigt, was die Kommunisten Tag für Tag dem Volke sagen: Neuer Krieg droht!

Aber auf der anderen Seite wächst das Lager des Friedens, der Demokratie, und des Sozialismus überraschend schnell. Als eine Folge davon wachsen die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der imperialistischen Länder, und ihre Gegensätze untereinander verschärfen sich. Das zeugt für die Kommunisten, die den Massen des Volkes die Möglichkeit des Sieges über die Kriegsbrandstifter sichtbar machen.

Wenn Adenauer insbesondere sich zum Schriftmacher, der Remilitarisierung Deutschlands macht, wenn er jeden Anlaß wahrnimmt, um seine Ergebenheit der wirklichen Regierung Westdeutschlands gegenüber, den Hohen Kommissaren der Kolonialmächte Amerika, Großbritannien und Frankreich zur Schau zu stellen, dann zeugt das für die Kommunisten, die die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes von jeder Kolonialmacht, die Selbständigkeit Deutschlands fordern in einer einigen deutschen demokratischen Republik.

Wenn die Zahl der Erwerbslosen in Westdeutschland bereits auf 1,5 Millionen angestiegen ist, wenn die Demontagen, wie die der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter, neue nach vielen Tausenden zählende Scharen von Erwerbslosen zu dem Aderhalb-Millionenheer stoßen läßt, dann zeugt das für die Kommunisten, auch wenn, wie es jetzt in Hannover geschieht, acht Redakteure, Verleger und Druckern der Prozeß gemacht wird, weil in der kommunistischen Zeitung zum Kampf gegen die Demontage aufgefördert wurde.

Die Wahrheit ist wirklich ungeeignet als Mittel im Kampfe gegen die Kommunisten. Wenn man also gewissermaßen einen Sperrgürtel legen will zwischen die kommunistische Partei und die Massen des Volkes, dann kann das nur geschehen, indem man fortgesetzt und systematisch Nachrichten verbreitet, die gefälscht und frei erfunden sind. Das versteht „Die Welt“ aus dem H. Und sie hat, da sie ja nun einmal eine „Musterzeitung“ ist, viele Nachahmer in dem westdeutschen Blätterwalde, wo solche Mißgewächse üppig ins Kraut schießen.

Wenn auch die Kommunisten nicht über Riesendruckerien verfügen, wie „Die Welt“ und andere Zeitungen ihres Schlages, so kann und muß der Kampf gegen den Krieg und für die Verteidigung des Friedens auch auf diesem Frontabschnitt erfolgreich geführt werden. Da ist die kommunistische Presse, die ins Volk getragen werden muß und die sonstige kommunistische Literatur. Und schließlich das gesprochene Wort ist auch ein ausgezeichnetes Mittel, die Wahrheit zu verbreiten, das Volk in allen seinen Schichten zum Kampf zu sammeln, damit die Pläne der Kriegsbrandstifter zunichte werden, und der Friede gesichert sei. I.H.

Stahlkonzerne in USA diktieren die Preise

Unser Kampf gilt dem Verschachern der westdeutschen Industrie an die ausländischen Monopole

Die United States Steel Corporation, der große amerikanische Stahlkonzern, hat, wie aus USA berichtet wird, den Stahlpreis um 4 Dollar je Tonne erhöht.

Diese Maßnahme, die lediglich die schon hohen Profite noch weiter erhöhen soll, kennzeichnet die absolute Herrschaft der Konzerngewaltigen in den USA über die gesamte amerikanische Wirtschaft. Reagierend erklärt dazu der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Kongresses und Senats, Senator O'Mahoney: die Stahlindustrie habe keine Berechtigung, der gesamten amerikanischen Wirtschaft neue „Steuern“ aufzuerlegen („Telegraf“ Nr. 305) und er glaubt, mit einem Appell an das demokratische Gewissen der Stahlkönige könne man diese veranlassen, auf ihre enormen Gewinne zu verzichten.

Die amerikanische Wirtschaft wird voll-

kommen beherrscht von einigen wenigen Großkonzernen. Diese Konzerne haben an Macht durch den zweiten Weltkrieg und besonders nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Spricht man früher von den „zweihundert größten Konzernen“, welche die amerikanische Wirtschaft beherrschten, so spricht man heute nur noch von den „Großen Drei“ oder den „Großen Vier“, die jeweils in einer Industriebranche die Macht in der Wirtschaft ausüben. So sind z. B. 28,6 Prozent des Kapitals der gesamten Stahlindustrie in der Hand eines einzelnen Konzerns, und ein anderer Konzern beherrscht weitere 14 Prozent. Sechs Gesellschaften kontrollieren 63,4 Prozent der amerikanischen Stahlindustrie. Diese monopolistische Machtzusammenballung hat dazu beigetragen, daß die Gewinne der Stahlmagnaten ungeheuer gestiegen sind. Die Stahlindustriellen von 19 amerikanischen Gesellschaften haben 1939 einen Reinge-

winn in Höhe von ca. 131 Millionen Dollar eingestekt. Durch die Kriegsproduktion stiegen die Gewinne derselben auf 326,6 Millionen Dollar jährlich. Das große Geschäft aber machten die Konzerne nach dem Krieg. Von Dr. Robert Nathan, der im Auftrage der amerikanischen Gewerkschaften einen Bericht über die Lage in der Stahlindustrie anfertigte, werden die Gewinne der 19 größten Stahlunternehmen im Jahre 1949 auf 787,3 Millionen Dollar geschätzt, das sind 607 Prozent der Reingewinne von 1939. („Telegraf“)

Die Erhöhung des Stahlpreises um 4 Dollar je Tonne bringt einem einzigen Konzern, der „Big Steel“ eine Erhöhung der jährlichen Einnahmen um 80 Millionen Dollar. Doch nicht nur der Stahlpreis steigt in Amerika. Im allgemeinen sind die Preise in Amerika wieder in die Höhe gegangen. In dem Artikel im „Telegraf“ Nr. 305 heißt es: „Das gesamte Preissystem ist in Bewe-

gung geraten und wird sich erst auf einem beträchtlich höheren Niveau abfangen.“

Durch die steigenden Preise fällt der Lebensstandard des amerikanischen Arbeiters. Von den amerikanischen Gewerkschaften wird darauf hingewiesen, daß „der Lohnanteil des Arbeiters in gar keinem Verhältnis zu dieser Entwicklung steht.“

Wir können, das zeigt uns die Entwicklung der letzten Zeit und besonders die Veröffentlichung der Geschäftsberichte der drei großen Stahlkonzerne und anderer Konzernunternehmen in Westdeutschland eine Parallele der Entwicklung der westdeutschen Stahlindustrie zu der amerikanischen Industrie ziehen. Zwar erreichen die Gewinne der deutschen Konzerngewaltigen nicht die phantastischen Zahlen der Stahlkönige in den USA, aber auch die westdeutschen Stahlkonzerne haben ihre Kriegsgewinne in Sicherheit gebracht und enorme Nachkriegsgewinne erzielt, so daß nicht nur die Kriegsschäden finanziell beseitigt und die Aktien im allgemeinen 1:1 aufgewertet werden konnten. Es werden bereits wieder Dividenden gezahlt, und die Ruhrindustriellen verhandeln schon wieder über die Grenzen hinweg mit dem ausländischen Monopolkapital über die Wiederherstellung der Kartellwirtschaft. Der Ruhrindustrielle Walter Schwede von den Vereinigten Stahlwerken verhandelte erst vor kurzem mit den britischen Stahlindustriellen über die Wiederherstellung des westeuropäischen Stahltrusts.

Die westdeutschen Konzernherren bieten sich dem amerikanischen Monopolkapital und den Konzerngewaltigen anderer westeuropäischer Länder (als willige Werkzeuge zur Durchführung der imperialistischen Politik) an und verschachern die westdeutschen Betriebe an das ausländische Kapital als Gegenleistung für die „Hilfe“ der amerikanischen Monopolisten.

Gegen diese Absichten des deutschen Monopolkapitals — die Betriebe zu verschachern, die Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft zu verhindern und den Reallohn der Werktätigen immer weiter sinken zu lassen — führt die organisierte Arbeiterschaft den Kampf.

Die in den letzten Wochen durchgeführten Streiks für das Mitbestimmungsrecht im Betrieb, die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohnerhöhungen und die Bereitschaft für die Durchführung dieser Forderungen zu kämpfen, ist die einzig richtige Antwort der Werktätigen für die westdeutschen Konzernkapitalisten. H.H.

Wir bleiben unserer Tradition treu

Französische Hafenarbeiter an die Dockarbeiter in den USA

Die Gewerkschaft der französischen Hafen- und Dockarbeiter richtete einen Brief an die amerikanischen Dockarbeiter in den atlantischen Häfen und forderte sie auf, kein Kriegsmaterial nach Frankreich zu liefern. In dem Schreiben heißt es:

„Im Gegensatz zu dem, was Euch Eure Herren und die Zeitungen Eures Landes, sowie Eure rechten Gewerkschaftsführer sagen, will das französische Volk in erster Linie, daß die französischen Arbeiter keinen Krieg unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalisten führen. Wir Hafenarbeiter, die wir unserer Tradition treu bleiben, weigern uns, unsere Hand für die Vorbereitung eines neuen Angriffskrieges zur Verfügung zu stellen, ganz besonders, weil dieser neue Krieg gegen Länder gerichtet wäre, die ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit erobert und sich ein fortschrittliches und gerechtes Staatssystem geschaffen haben.“

Die französischen Hafenarbeiter fordern Euch auf, kein Kriegsmaterial, das für Frankreich bestimmt ist, und kein Kriegsmaterial, das sie selbst aus eigenem Entschluß nicht abzuladen bereit sind, zu laden. Wenn Ihr Euch weigert, Kriegsmaterial zu laden, und wenn wir uns weigern, es abzuladen, dann werden wir unseren Beitrag zur Rettung der Menschheit leisten.“ („L'Humanité“, Paris)

Wie leben die Völker Westeuropas?

Westdeutschland „bevorzugt“ — Krasser Gegensatz zwischen reich und arm die Folge

Frankfurt/Main. (EB und dpa) Die alliierte Kommission wird nach der Auffassung des Leiters der Ernährungsabteilung beim amerikanischen Hohen Kommissariat einer Aufhebung der praktisch längst nicht mehr bestehenden Bewirtschaftung und Rationierung in den Westzonen zum gegebenen Zeitpunkt in diesem Jahr zustimmen.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung ist es interessant, den Stand der Rationierung in den einzelnen Ländern etwas näher zu betrachten.

Der Krieg und seine Folgen haben tiefgreifende Veränderungen in der Lebenshaltung der einzelnen Völker Westeuropas mit sich gebracht. Heute noch fünf Jahre nach Beendigung des Krieges, gibt es außer der Schweiz, Belgien und bis zu einem gewissen Grade Westdeutschland kein Gebiet, in dem die Rationierung ganz aufgehoben ist.

In Frankreich, Holland und Schweden ist der Kaffee noch rationiert. Die Holländer werden sich sogar im kommenden Jahr in ihrem Kaffeeverbrauch noch mehr einschränken müssen, da die Kaffeefabrik ab Januar auf 125 Gramm für sechs Wochen herabgesetzt worden ist. Auch in Schweden reicht die Kaffeefabrikation immer

noch nicht aus. In Dänemark sind außer Kaffee noch Schokolade, Zucker, Butter und Margarine rationiert. Norwegen dagegen wird voraussichtlich auch 1950 die Rationierung von Zucker, Butter, Margarine, Kochfetten, Kaffee, Fleisch und Käse aufrecht erhalten. Auch Bekleidung ist in Norwegen noch rationiert.

In Westdeutschland besteht zwar noch theoretisch eine gewisse Rationierung für verschiedene Lebensmittel. Praktisch ist es aber so, daß Leute, die Geld besitzen, alles kaufen können.

Woher mag es nun kommen, daß die sogenannten Siegerstaaten heute zum Teil noch eine strengere Rationierung anwenden müssen als wir in Westdeutschland? Ausländische Besucher, die Westdeutschland bei der Verschwendungssucht einer kleinen besitzenden Schicht, die totale Verarmung des Großteils unserer Bevölkerung sieht, es ist heute in Westdeutschland nicht mehr nötig, beispielsweise den Kaffee zu rationieren, da es nur sehr wenigen möglich ist, den fast unerschwinglichen Betrag von 15 Mark für das Pfund Kaffee aufzubringen. Genau so steht es mit den ande-

ren zum Leben notwendigen Gütern. Der Bedarf ist zwar ungeheuer, doch scheidet der Absatz der Waren an den Phantastepreisen und der minimalen Kaufkraft der Massen.

Ein zweiter Grund — und das ist wohl der entscheidende — für die Warenfülle in den Geschäften Westdeutschlands ist die besondere Beachtung, die uns der Amerikaner schenkt. Es wäre verfehlt, zu glauben, daß uns Amerika mit seinen Produkten überschwemmt, weil wir ihm näherstehen als beispielsweise England. Die Tatsache der amerikanischen Warenlieferungen hat viel realere und zwar politische Hintergründe. Man läßt sich in Wallstreet das westdeutsche Wirtschafts- und Menschenpotential etwas kosten. Umsonst ist das keineswegs. Bedeutet es heute die krasseste und uneingeschränkte Unternehmerrationierung, so kann es morgen nicht nur Gut, sondern auch Blut kosten.

England beispielsweise hat noch eine sehr strenge Rationalisierung. Fast alle Güter unterliegen dort der Bewirtschaftung, und es werden von der Labourregierung alle Anstrengungen unternommen, um diese Bewirtschaftung noch strenger zu organisieren.

Wiederholt sich Kuomintang-Mißerfolg in Japan?

Befürchtungen und Ueberlegung bei den Kriegstreibern

„Die amerikanische Meinung in Amerika scheint in der Frage gespalten zu sein, ob Japan eine wirkliche nützliche Basis im Falle eines Krieges mit Rußland darstellt. Einige Amerikaner glauben, daß es zu nahe an Rußland liegt und daß sich die amerikanischen Streitkräfte in Japan in einer Todesfalle befinden könnten. Aber selbst wenn Japan von Amerika nicht vorteilhaft ausgenutzt werden kann, muß es mindestens Rußland vorenthalten werden können. Mit seiner Geschicklichkeit könnte Japan eine zu nutzbringende Werkstatt für Sowjet-Asien darstellen. Wenn als Ergebnis eines Friedensvertrages Japan völlig unkontrolliert bliebe, wäre dort eine kommunistische Revolution nicht möglich.“

Wenn sich das kommunistische China erfolgreich zeigt, wird das Prestige des Kommunismus in Japan ungeheuerlich wachsen. Der Erfolg ist die Religion der Japaner. Wenn einmal die Kommunisten in Japan die Macht in der Hand haben, dann würde viel dafür sprechen, daß ein kommunistisches System gut voran kommen würde. Das Volk ist leicht an Disziplin gewöhnt. Es gibt ein großes industrielles Proletariat, das die beste Basis für eine kommunistische Regierung ist. Es gibt eine Mittelklasse von Beamten und Technikern, die ihren Vorteil darin sehen könnten, sich in die kommunistische Bewegung einzuordnen. Wegen der Gefahr des Kommunismus kann sich Amerika schwerlich mit dem Plan befassen, Japan zu verlassen. Es wird wahrscheinlich verlangen, daß die japanische Regierung der

Aufrechterhaltung amerikanischer Garnisonen zustimmen wird.

Würde ein Übereinkommen dieser Art Ergebnis aufweisen? Die Meinung hierüber ist geteilt. Was für einen Eindruck wird es auf die amerikanischen Wähler machen, wenn eine japanische Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnet, der Stützpunkte einräumt? Stützpunkte können niemals vor der Öffentlichkeit verheimlicht werden. Wenn ein Land besetzt ist dann wird die Bevölkerung nicht so sehr durch den persönlichen Kontakt mit den Besatzungstruppen gestört, den sie sogar oft angenehm empfindet. Es ist vielmehr der Gedanke der Besetzung an sich, der sie kränkt. Was wird geschehen, wenn bei Wahlen die japanische Regierung gestürzt wird und eine Regierung an die Macht kommt, die darauf ausgeht, eine Verständigung mit Rußland zu suchen? Selbst wenn keine Revolution in Japan stattfindet, könnte eine japanische Regierung, die die Freiheit des Handels zurücklangt hat, in Versuchung geraten, Rußland und Amerika gegeneinander auszuspielen. Würden dann die amerikanischen Streitkräfte zuschauen oder würden sie intervenieren? Oder man stelle sich vor, daß eine japanische Regierung, die die antikommunistische Prüfung zufriedenstellend besteht, zu weit ginge und ein Monstrum der Reaktion würde? Wenn dies unter amerikanischem Schutz geschehen würde, dann könnte auf lange Sicht die ganze amerikanische Sache auf fatale Weise in Mißkredit kommen. Amerika könnte in Japan das Muster seiner Nachkriegspolitik in China

wiederholen. Dort begann es mit der Unterstützung der Kuomintang-Regierung, obwohl diese so reaktionär war, daß sie fast alle amerikanischen Offiziere in China bedrödete. Und es endete damit, daß die Unterstützung zurückgezogen werden mußte, ohne daß ein Versuch unternommen werden konnte, mit der Nachfolger-Regierung zu irgend einer Art von einem Abkommen zu gelangen. („The Manchester Guardian“)

Söldner im Fernen Osten

Hongkong. Die in Hongkong erscheinende chinesische Zeitung „Takungpao“ behauptete, ehemalige höhere Offiziere der japanischen Armee und Seestreitkräfte seien beim Ausbau der Verteidigungsanlagen Formosas beschäftigt. An der Westküste der Insel sollen insgesamt 1500 befestigte Stützpunkte sowie Radarstationen errichtet werden, berichtet das Blatt aus Taipeh, der Hauptstadt Formosas. Die japanischen Offiziere wohnen angeblich in Tsaochan, dem gegenwärtigen Sitz Tschang Kai-Scheks.

(Nach Reuter)

USA-Soldat verging sich an Kindern

Kinobesucher überraschten den Täter, als er nackt auf einem Mantel lag

Bad Hersfeld. Seit Wochen wurde Hersfeld und Umgebung von einem nackten Mann unsicher gemacht, der sich an den Kindern verging. Die Mütter trauten sich nicht mehr, ihre Kinder abends aus dem Hause gehen zu lassen.

Jetzt endlich wurde dieser Unhold von heimkehrenden Kinobesuchern erwischt, als er völlig unbekleidet auf einem Mantel am Wegesrand lag. Trotz eines Fluchtversuches wurde er ergriffen und festgestellt, daß es sich um einen amerikanischen Besatzungs-

soldaten handelte. Er wurde der Militärpolizei übergeben.

Neue Niederlage Bidaults

Paris. Die französische Regierung erlitt eine neue Niederlage in der Nationalversammlung. Sie erhielt nur 176 Stimmen für den Regierungsentwurf zum Antistreikgesetz, der ein Schlichtungsverfahren vor Ausrottung eines Streiks vorsieht. 417 Abgeordnete lehnten den Plan der Regierung ab.



Die Asche von zwei KZ-Häftlingen wird nach Frankreich gebracht

In Anwesenheit von Vertretern der Regierung wurde die Asche von zwei französischen KZ-Häftlingen der Lager Flossenbürg und Dachau an den Landessekretär der französischen Widerstandskämpfer Abbé Paul Louis, Paris, übergeben.

Pressestimmen

OEEC-Minister versäumten ihre Hausarbeiten

Es scheint so, als ob die aus acht Mann bestehende Ministergruppe der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas während ihres kurzen Gesprächs, das letzte Woche in Paris stattfand, nur eine sehr mangelhafte Grundlage gefunden hat. Da es die teilnehmenden Staaten versäumt hatten, ihre Hausarbeiten zu erledigen, mußten die Minister solch brennende Fragen, wie das Programm zur Liberalisierung des Handels, das Mr. Hoffman für den 15. Dezember versprochen wurde, und auch die Pläne für die regionalen wirtschaftlichen Gruppierungen bis in den Januar hinein verschoben. Diese Verzögerung ist besonders unglücklich, weil der Zeitpunkt rasch heranrückt, zu dem sowohl das Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, als auch die amerikanischen Behörden ihre Berichte über die getätigten Fortschritte für den Kongreß zusammenstellen müssen, damit dieser die dritte Rate der Marshallplan-Hilfe in Erwägung ziehen kann. Wie es bis jetzt aussieht, hat die ganze überflüssige Hast der letzten beiden Monate nur wenig sichtbare Zeichen jener engeren Zusammenarbeit hervorgebracht, die der Kongreß als „Fortschritt“ betrachten könnte.

„Economist“, London.

Entnazifizierung in Bayern eine Farce

Die Entnazifizierung in Bayern war nur eine Farce. Ein Ueberblick, der kürzlich von amerikanischen Stellen eingeholt wurde, enthüllt, daß die bayerische Verwaltung in größtem Ausmaß in der Hand von jenen Leuten ist, die sie auch unter Hitler kontrollierten. Zahlen, die einen allgemeinen Ueberblick übermitteln, zeigen auf, daß 20 682 von 49 445 Beamten der Nazipartei oder ihren Gliederungen angehörten. Von diesen wurden 14 443 entlassen und später wieder in den Dienst übernommen, wäh-

rend nur 5780 neue Leute in diese privilegierte Klasse aufgenommen wurden. Zu Beginn dieses Jahres gab der bayerische Kultusminister bekannt, daß beinahe alle 11 000 Lehrer, die aus politischen Gründen entfernt wurden, wieder eingestellt wurden. Diese Gruppe stellt ungefähr 60 Prozent des Lehrkörpers dar, der vom Ministerium beschäftigt wird. 60 Prozent von den 15 000 Angestellten im Finanzministerium, 77 Prozent von den 1916 im Ernährungsministerium und 81 Prozent von den 924 Richtern, Oberrichtern und Staatsanwälten im Justizministerium sind frühere Nazis. Infolge ihrer außerordentlichen Loyalität gegenüber dem Staat als solichem und infolge der Vorteile, die sie hieraus schöpften, gelang es der Beamtenliste ohne Schwierigkeiten, den Uebergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich zu finden, und sie würde wahrscheinlich einen weiteren derartigen Uebergang bei einem Minimum von Protesten ertragen.

Es gibt in den bayerischen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern 6947 Bürgermeister, von diesen wurden 1589 oder 22,9 Prozent gewählt, obwohl auf Grund der Entnazifizierungsgesetze Einwände gegen sie erhoben wurden. Darüber hinaus scheint die Pensionierung von Beamten, die dem Hitlerreich dienten, eher die Regel als die Ausnahme zu sein. Eine große Zahl von Naziveteranen, die zu schwarz sind, als daß sie unter den gegenwärtigen Umständen wieder eingestellt werden können, erhalten hohe Pensionen vom Staat. Ein typischer Fall ist der des ehemaligen Polizeinspektors für die Verteidigung des Distriktes XIII, des Generalmajors der Polizei und früheren SS-Standartenführers Paul Will, der in Nürnberg lebt und vom Ansbacher Distrikt der Staatsregierung monatlich 1162,67 RM erhielt, als er pensioniert wurde. Nach der Währungsreform wurde seine Pension auf 1024 DM „herabgesetzt“. („The Economist“, London.)

HEIDELBERG

Kinderspielzeug

Auf Straßen und Plätzen, sogar in der Stra- ßenbahn tummeln sich 5- bis 15jährige mit harmlosen Kinderrevolvern herum und knallen lustig drauflos. Ihr Vorbild: Amerikanische Jungen mit Cowboy-Revolvern und Luftgeweh- ren. Die Erwachsenen gehen lächelnd oder schweigend vorbei, je nach Temperament und Vergangenheit. Niemand sagt ein Wort der freundlich belehrenden Ermahnung. Für die meisten ist das Treiben der Kinder selbstver- ständlich, denn auch sie haben in ihrer Jugend mit solch „harmlosen Dingerchen“ gespielt. Später allerdings wurde es bitterer Ernst: 1914 bis 1918 und noch einmal von 1939-1945.

Noch sind in uns allen die Jahre des letzten furchtbaren Infernos im Gedächtnis. Wir wis- sen, daß heute schon wieder von der Remilita- risierung gesprochen wird, und wenn man da- von spricht, ist meist schon etwas im Gange. Das Echo auf diese Pläne seitens der Mehrheit des deutschen Volkes war eindeutig. Und doch sind die Mittel und Wege, eine solche Remilita- risierung planmäßig zu betreiben, sehr vielge- staltig. Auch das harmlos erscheinende Kinder- spielzeug in getreulich nachgebildeter derartiger Mordinstrumente gehört zu den Aufbausteinen des Remilitarisierungs-Gebäudes, das man gar zu gerne in unserem Land errichten möchte.

Darum, liebe Eltern und Erzieher, wehret den Anfängen und geht nicht achlos an Kin- dern vorbei, die heute mit einer harmlos er- scheinenden Spielzeugwaffe hantieren und dann morgen gedankenlos die furchtbaren Todeswaf- fen der modernen Technik in die Hand nehmen, weil niemand rechtzeitig dagegen wirkte.

Theater und Kritik

Heidelberg. Unter diesem Motto findet am Dienstag, den 10. Januar 1950, im Horsaal des botanischen Instituts, Bismarckplatz (Eingang Arkäden), um 20 Uhr, die zweite gemeinsame Diskussionsveranstaltung der Volkshochschule und der Stadt. Bühnen Heidelberg gelegentlich der „Aida“-Neuinszenierung mit Intendant Dr. Rudolf Meyer statt. Der Eintritt ist frei.

Französisches Gastspiel im Theater

Heidelberg. Der Intendant der Stadt, Büh- nen Heidelberg ist es gelungen, Jean Marchat und das Ensemble des von ihm geleiteten Theatre des Mathurins, Paris, zu einem Gast- spiel nach Heidelberg am Mittwoch, den 11. Januar 1950, zu verpflichten. Jean Marchat bringt seine eigene Inszenierung des „Tar- tuffe“ von Molière mit dem bedeutenden fran- zösischen Schauspielers selbst in der Titelrolle.

Von der Universität

Heidelberg. Professor Dr. Siegfried Reicke (Universität Frankfurt a. M.) wurde zum planmäßigen ordentlichen Professor für deutsche Rechtsgeschichte an der Universi- tät Heidelberg ernannt.

Herrn Dr. phil. nat. Ernst Bartholomé wurde von der naturwissenschaftlich-mathe- matischen Fakultät die venia legendi für das Fach der physikalischen Chemie erteilt.

Orthopädische Sprechtage

Die orthopädische Beschaffungsstelle der Landesversicherungsanstalt Baden hält im ersten Vierteljahr 1950 an folgenden Orten und Tagen orthopädische Sprechtage ab:

Heidelberg: Am 4., 18. und 25. Januar 1950; am 1. und 15. Februar 1950 und am 1., 15., 22. und 29. März 1950 jeweils von 9-14 Uhr in der fachärztlichen Untersuchungsstelle, Landhaus- straße 31.

Mosbach: Am 11. Januar, 8. Februar und 8. März 1950 von 10-13 Uhr im Gasthaus „Zum Odenwald“, Hauptstraße 65.

Sinsheim: Am 14. Februar 1950 von 10-13 Uhr im Gasthaus „Zum Krokodil“.

Herr Intendant, wir sind anderer Meinung

Zur Diskussion über die Heidelberger Theaterkrise

Heidelberg. In einer vorgestern stattgefundenen Aussprache vor „Freunden des Theaters“ über die Lage der Stadt, Bühnen Heidelbergs hat Intendant Dr. Meyer grundlegende Erklärungen über die seit längerem beste- hende Theaterkrise, ihre Ursachen und die Möglichkeiten, sie zu beseitigen, abgegeben. Da es sich um die Stellungnahme eines verant- wortlichen Theatermannes handelt, dem das Schicksal der Stadt, Bühnen Heidelbergs anvertraut ist, verdienen diese Ausführungen größte Aufmerksamkeit, aber auch kritischste Untersuchung auf ihre Richtigkeit.

Wo liegen die Ursachen der Krise

Herr Intendant Dr. Meyer, es ist sicherlich ein Fehlschluß, wenn Sie behaupten, daß die Ursache der heutigen Lage des Theaters im Rückgang der Besucherzahlen zu erblicken sei. Der Rückgang ist Wirkung, aber nicht Ur- sache. Die Gründe, die Sie heranzogen, um diesen Rücklauf des Besucherstroms zu erklä- ren, liegen ebenso schief wie Ihre Vorschläge, die sie zur Behebung der Krise der Zuhörer- schaft unterbreiteten. Es ist richtig, daß sich durch die beiden imperialistischen Weltkriege die Gesellschaftsstruktur unseres Jahrhun- derts wesentlich verändert hat. Doch ist dieser Prozeß keineswegs als abgeschlossen zu be- trachten. In der klaren Erkenntnis dieser ge- sellschaftlichen Vorgänge müssen aber andere Folgerungen gezogen werden, als Sie es tun. Die „zerrüttete“ Gesellschaftsstruktur, von der Sie sprechen, muß neu geordnet werden und zwar im Sinne der fortschrittlichen Entwick- lung der Menschheit. In Ihren Worten aber klingt die Wehmut und Trauer um eine Schicht, die, wie Sie sagen, in früheren Zeiten theater- tragend war und das Bedauern, daß diese thea- tertragende Schicht mehr und mehr verloren ging und noch geht.

Was nützt diese Erkenntnis, wenn man nicht den Mut hat, die Schlußfolgerungen aus ihr zu ziehen? Kann man einen erfolgreichen Weg aus dem ganzen Dilemma beschreiben, wenn man sich zurückziehen möchte auf jene frühere Grundlage des Theaters, die man längst nicht mehr unter seinen eigenen Fü- ßen hat? Wer muß und kann heute nur thea- tertragend sein? Darauf kann es nur eine An- wort geben: Die breiten Schichten des schaf- fenden Volkes.

Man komme uns nicht mit den Einwänden von der allgemeinen Bildungsmüdigkeit, vom übertriebenen Hunger nach Sensationen, die vom Genuß der wahren Werte der Kultur ab- lenken. Es ist Aufgabe der Kulturschaffenden, den wahren Wert kultureller Darbietungen zum Lebensinhalt eines Volkes zu machen.

Ein wirkliches Theater des Volkes

Wie könnten Sie sich sonst erklären, Herr Intendant, daß allabendlich 75000 Menschen

Teilweise Kündigung des Tarifvertrages

Tuttlingen. Wie der Vorsitzende des Ge- werkschaftsbundes Württemberg-Hohenzol- lern gegenüber Pressevertretern äußerte, ha- ben die Industriegewerkschaften einen Teil ihres Tarifvertrages gekündigt, da die gewerkschaftlichen Forderungen auf Senkung der Preise bisher nicht erfüllt wurden.

Autobahn Stuttgart-Heidelberg

Die Weiterführung der Autobahnstrecke Stuttgart-Heilbronn wird in Richtung Hei- delberg fortgesetzt werden. Ebenso soll in ab- sehbare Zeit die Reichsstraße Ulm-Stutt- gart-Bruchsal auf 4,50 Meter verbreitert wer- den. Dies wurde auf einer vor kurzem stattge- fundenen Verkehrskonferenz in Heilbronn mit- geteilt.

die Theater der sowjetischen Hauptstadt Mos- kau besuchen? Warum sieht man dort schon am frühen Morgen lange Schlangen vor den Theaterkassen, und warum kommt es dort vor, daß nicht selten Vorstellungen eines gan- zen Monats schon im voraus ausverkauft sind? < dies berichteten vor einiger Zeit die „Rhein- Neckar-Zeitung“, die „Fränkischen Nachrich- ten“ und viele andere westliche Zeitungen. Wir geben Ihnen eine Antwort, indem wir Sie auf ein in Deutschland zu findendes Beispiel hinweisen, das allerdings jenseits des „Eisen- Netzes“ liegt. Das Dresdner Staats- theater senkte im Januar 1950 seine Preise um 20 Prozent und führte Betriebsanrechte ein, die für Werkstätige eine weitere Vergün- stigung in Höhe von 25 Prozent versehen.

Sie werden vielleicht einwenden, Herr In- tendant, daß dies nur möglich ist, bei entspre- chender staatlicher Hilfe. Auch wir wissen, daß man an Kultur nichts verdienen kann. Kultur kostet einen Staat Geld und diese Gel- der müssen im Interesse des Kulturlebens eines Volkes aufgebracht werden. Verprivati- sierungsversuche sind dann sicher nicht die richtige Methode. Die notwendigen Mittel kön- nen auch in Westdeutschland aufgebracht

werden, wenn man die Remilitarisierungspläne der Adenauer-Regierung verhindert, konse- quent für die Herabsetzung der Besatzungs- kosten und den Abzug der Besatzungstruppen eintritt und für die kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands kämpft.

Warum werden zu diesen Diskussionen, die man jetzt allenthalben führt, in einem „größeren Kreis“, der — näher betrachtet — in Wirk- lichkeit sehr klein ist, nicht Vertreter der großen Organisationen wie Gewerkschaft, Jugendverbände und nicht zuletzt der Parteien in stärkerem Maße herangezogen? Und brin- gen wir dann Stücke, die in allen Betrieben besprochen werden, Stücke, deren Inhalt den Ge- genwartsproblemen gerecht wird, bei volkstümlichen Preisen — wir glauben, daß dann ein Teil der Schwierigkeiten des Theaters be- seitigt ist.

Dürfen zeitnahe Stücke nicht gespielt werden?

Ein Wort noch zu Ihrer Feststellung, daß insbesondere das Schauspiel die notleidendste Gattung der Krise sei und das Theater zum Teil selbst Schuld an dieser Entwicklung trage. Sie sprachen dabei von der nicht genü- genden Aufgeschlossenheit des Theaters für

Von Amerikaner mit Bierglas niedergeschlagen

Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. Vor der Sinnerstube schlug ein amerikanischer Soldat einen Bierkutscher mit einem Bierglas nieder, weil dieser verhindern wollte, daß der amerikanische Soldat vom Bierfuhrwerk einen Kasten Bier wegnahm. Der Soldat wurde wenig später von der be- nachrichtigten MP abgeholt.

Am Burgweg schlichen sich Diebe nach Ein- tritt der Dunkelheit durch die unverschlossene Waschküche in ein Wohnhaus ein, dessen Be- wohner abwesend waren, und entwendeten dort Bekleidungsstücke, Wein und Spiritiosen im Wert von rund 1000 DM.

Ein sechsjähriger Knabe wurde beim Über- schreiten der Kriegsstraße, nachdem er sich von seinem begleitenden Großvater losgemacht hatte, von einem vorüberfahrenden Personenkraftwagen erfaßt und zu Boden geworfen, wobei er sich eine Gehirnerschütterung und Schürfwunden zuzog.

Auf der Kaiserstraße wurde eine Frau, die knapp vor einer Straßenbahn über die Fahr- bahn eilte, von einem daneben ankommenden Omnibus angefahren, wobei sie einen Arm- bruch erlitt und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Omnibus hatte beim Er- scheinen der Fußgängerin so stark gebremst, daß er aus seiner Fahrtrichtung gedrückt wurde und die Straßenbahn streifte. Es ent- standen dabei jedoch nur leichte Schäden an beiden Fahrzeugen.

Eine 80jährige Witwe, die sich in ihrer Küche zum Ausruhen auf einem Schemel gesetzt hatte, der dicht neben dem Gasherd stand, war im Schlaf an den Gashalmen ge- stoßen, so daß dieser geöffnet wurde. Sie at- mete so viel Leuchtgas ein, daß sie wenig später an der zugezogenen Gasvergiftung ver- starb.

Landkreis Heidelberg

Eberbach. Auf einer Besprechung zwischen dem Intendanten der Stadt, Bühnen Hei- delberg, dem Eberbacher Bürgermeister und Vertretern der Gemeindeverwaltung wurde be- schlossen, von Februar bis Juni dieses Jahres fünf Gastspiele zur Aufführung kommen zu lassen. So am 3. Februar Johann Strauß: „Die Fledermaus“, am 3. März Albert Lortzing:

„Der Wildschütz“, am 14. April J. B. Priest- ley: „Seit Adam und Eva“, am 12. Mai Karl Zeller: „Der Vogelhändler“ und am 16. Juni Karl Zuckmayer: „Barbara Blomberg“. Infolge der Theaterkrise waren in den vergangenen zwei Monaten die Aufführungen leider ausge- fallen. Es wäre zu begrüßen, wenn es durch billige Platzmieten und volkstümliche Kassen- preise möglich gemacht werden könnte, weiten Kreisen der Bevölkerung den Besuch der Ver- anstaltungen zu erlauben.

Gefährliches Spielzeug

Walldorf. Erhebliche Verbrennungen an Ge- sichts und Auge erlitt ein Junge durch die Ex- plosion eines Knallfrosches, den er angezündet und zu lange in den Händen behalten hatte. Der Verunglückte mußte in die Heidelberger Klinik eingeliefert werden.

Das war wirklich notwendig

Eppelheim. Die Errichtung einer Apotheke an der Ecke Haupt- und Blumenstraße durch Apotheker Köberlein ist von der Bevölkerung allgemein begrüßt worden, da bisher die not- wendigen Medikamente mit erheblichem Zeit- verlust und Mehrkosten von außerhalb durch Boten besorgt werden mußten.

Der letzte Heimkehrer

Malschberg. Der letzte Kriegsgefangene der Gemeinde, Alfons Bender, Bahnhofstr. 2, ist aus russischer Kriegsgefangenschaft zu- rückgekehrt. Willkommen in der Heimat!

Ein Sender der Jugend

Am 24. Dezember feierte der Landessen- der Halle sein dreijähriges Bestehen. Mit diesem Sender hat es seine besondere Be- wandnis: Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Sender der Jugend. In einem ehe- maligen Gutsherrenhause hat sich ein Kol- lektiv tatkräftiger junger Menschen zusam- mengefunden. Selbst der Chefredakteur und der Sendeleiter sind noch nicht 30 Jahre alt und sämtliche Redaktionsmitglieder sind Angehörige der FDJ.

Abonniert das Badische Volksecho

schaft bilden müßte, und weil man verfindet ist, kann man das nicht machen, und die Quelle bleibt da, wo sie ist, und niemand hat einen Nutzen davon. Und dann muß du das Gespräch auf die Trockenheit bringen und auf die Not, und wie die Kinder abmagern und krank werden, und daß alles gänzlich anders werden könnte, wenn wir Wasser hätten, und wenn es dann scheint, daß sie das erfaßt hat, dann sagst du, daß die Geschichte mit Dorica und Sauveur doch vielleicht schon lange ge- nug gedauert hat, daß das Interesse der Le- benden höher stünde als die Rache der Toten. Mit diesen Rden müßt du von einer zur an- deren gehen, aber vorsichtig und schlau, so etwa mit: „Ja, das ist schade; und wenn auch; viel- leicht doch, trotz alledem... Hast du ver- standen, mein Mädchen?“

„Ich habe verstanden, und ich werde dir ge- horchen, Lieber.“

Wenn das gewirkt hat, werden die Frauen ihre Männer arbeiten und ihnen keine Ruhe gönnen. Auch die Widerspenstigsten werden ermüden, sie den lieben langen Tag, die Nacht nicht gerechnet, reden zu hören: Wasser, Wasser, Wasser. Das wird wie ein ständiges Läuten in ihren Ohren klingen: Wasser, Was- ser, Wasser... bis zu dem Moment, wo auch ihre Augen das Wasser wahrhaftig in den Feldern laufen, die Halme von selber sprie- sen sehen werden, dann werden sie sagen, „Ja, schön, Frauen, wir willigen ein.“

Dagegen werde ich die Männer überneh- men. Ich werde so mit ihnen sprechen, wie es nötig ist, und ich bin sicher und gewiß, daß sie auf alles eingehen werden. Und ich sehe den Tag kommen, an dem die beiden Parteien sich gegenüber stehen werden: „Also, Brüder“, werden die einen sagen, „sind wir wieder Brüder?“

„Ja, wir sind Brüder“, werden die anderen antworten.

„Ohne etwas nachzutragen.“

„Ohne etwas nachzutragen.“

„Wirklich und wahrhaftig.“

„Wirklich und wahrhaftig.“

„So wollen wir gemeinsam an die Arbeit gehen.“

„Ach“, sagte sie mit einem erstaunten Lächeln, „wie hinterlistig du bist! Ich bin nicht so klug wie du, aber ich kann auch listig sein, — du wirst schon sehen.“

„Du? Du bist sehr klug, und zum Beweis sollst du mir eine Frage beantworten, es ist ein kleines Rätsel.“

die Probleme unserer Zeit, aber entschuldigend es gewissermaßen mit der Behauptung: „Leider haben wir — mit Ausnahme von Zuck- mayrs „Des Teufels General“ — bisher vergeb- lich auf solche Stücke gewartet.“

Warum finden wir auf dem Spielplan der Stadt Bühnen nicht Stücke von Friedrich Wolf, warum nicht Bert Brechts „Herr Puntila und sein Knecht“ oder „Mutter Courage“, warum nicht Konstantin Simonows „Russische Frage“? Man kann bestimmt nicht sagen, daß man bisher vergeblich auf solche Stücke wartete, denn sie sind da, und sie wären durch weitere Stücke beliebig fortzusetzen. Aber vielleicht treffen wir das Richtige, wenn wir sagen, daß man auf diese Stücke nicht warten darf.

Es gäbe noch viel zu sagen, und das Thema soll damit nicht abgeschlossen sein. Auch wir warten ab, was die Kommission an Vorschlä- gen dem Stadtrat unterbreiten wird. Wir ver- sprechen uns schon heute nicht viel davon, doch hoffen wir, daß diese Zeilen dazu beige- tragen haben, bei kommenden Aussprachen sich nicht nur an die „Freunde des Theaters“, sondern einen größeren Kreis zu wenden.

-W.K.-

Wohnungen nur für Zahlungskräfte

Karlsruhe. In Kürze werden in Durlach am Turmberg 42 Wohnungen erstellt. Hierbei sind geräumige 2- und 3-Zimmer-Wohnungen mit eingebautem Bad vorgesehen. Um Interessen Einblick in die Pläne zu geben, findet am Samstag 15 Uhr und Sonntag eine Ausstellung im Rathaussaal in Durlach statt.

Auch in Karlsruhe sind im Zentrum der Stadt derartige Bauarbeiten im Gange. Da je- doch die Wohnungsmiete auch hier für eine 2-Zimmer-Wohnung 80 DM und für eine 3-Zim- merwohnung 100 DM beträgt, wird durch diese Bauten das Wohnungselend des Arbeiters, der diese hohen Mieten nicht bezahlen kann, nicht im entferntesten gemildert. Nur durch die Ueberweisung von Wohnungsbaukrediten von seiten des Staates an die Gemeinden, die flüs- sig gemacht werden, z. B. durch Herabsetzung der Besatzungskosten, ist an einen wirklichen, auch für die werktätigen Schichten nutzbrin- genden, Aufbau von Wohnungen zu denken.

Geschäftssehluß der Läden am Mittwoch- nachmittagen

Karlsruhe. Wie der Einzelhandelsverband Mittelbaden mitteilt, sollen die Betriebe Mitt- wochnachmittags wieder geschlossen werden. In der Begründung heißt es, daß den Angestell- ten im Einzelhandel Gelegenheit gegeben werden müßte, an einem Nachmittag in der Woche ihre privaten Angelegenheiten erledigen zu können.

Unfälle durch Auf- und Abspringen

Stuttgart. Die Eisenbahndirektion Stutt- gart beabsichtigt in der zweiten Januarhälfte verstärkte Bahnpolizeistreifen einzusetzen, die gegen Verkehrsänderungen vorgehen sollen. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, ereignen sich fast täglich Unfälle durch Unachtsam- keit oder durch Auf- und Abspringen bei fah- renden Zügen.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Ettlingen. Am Samstag, den 7. Januar 1950, um 20 Uhr, im „Engel“ Jahreshauptver- sammlung.

Söllingen. Am Samstag, den 7. Januar 1950, um 20 Uhr, im Rathaussaal Mitgliederver- sammlung.

Kassiererkonferenz. Sämtliche Stadtteile und Betriebsgruppen (Hauptkassierer und Zehn- gruppenleiter) nehmen an dieser Konfe- renz am Sonntag, den 8. Januar 1950, um 9 Uhr vormittags, im „Nowack“ teil.

Funktionär-Vollversammlung. Am Montag, den 9. Januar 1950, um 19 Uhr, im „Würtem- berger Hof“. Referent: H. Kelar. Thema: „Neubürger und die KPD“.

Er wies mit der ausgestreckten Hand in die Ebene.

„Siehst du mein Haus? Bueno. Nun folge mir nach links, ziehe eine gerade Linie vom Berg zum Waldrand. Bueno. Das ist ein schö- ner Punkt, nicht wahr? Man könnte da ein Häuschen bauen, mit einer Balustrade, zwei Türen und zwei Fenstern, vielleicht sogar mit einem kleinen Vorbau, nicht? Die Türen, die Fenster, die Balustrade, das sehe ich alles blau gestrichen. Blau sieht immer sauber aus. Und vor dem Haus, wenn man da Oleander pflanzen würde, Oleander ist nicht gerade nützlich, der gibt keinen Schatten und keine Früchte, aber es wäre nur so zum Schmuck.“

Er legte den Arm um ihre Schultern, und sie zitterte.

„Wer würde die Herrin des Hauses sein?“

„Laß mich“, sagte sie mit gepfeifter Stimme, „mir ist heiß.“

„Wer würde die Herrin des Gartens sein?“

„Laß mich, laß mich los, mir ist kalt.“

Sie machte sich aus seiner Umarmung frei und erhob sich. Sie hatte den Kopf gesenkt, sie sah ihn nicht an.

„Es ist Zeit für mich zu gehen.“

„Du hast noch nicht auf meine Frage geant- wortet.“

Sie begann, den Abhang hinabzusteigen, und er folgte ihr. Sie machte den Zügel des Pferdes los.

„Du hast nicht auf meine Frage geantwor- tet.“

Sie wandte sich zu Manuel zurück. Ihr Ge- sicht war von glänzendem Licht erhellt — das war kein Strahl der untergehenden Sonne, es war eine große Freude.

„Ach, Manuel.“

Er umschlang die warme und tiefe Süßig- keit ihres Körpers.

„Heißt das ja, Anna?“

„Es heißt ja, Liebest. Aber laß mich gehn, ich bitte dich.“

„Er erfülle ihre Bitte, und sie glitt aus sei- nen Armen.“

„Lebewohl denn, mein Manuel“, sagte sie mit einer Verneigung.

„Gott mit dir, Anna.“

Mit leichtem Schwung sprang sie in den Sattel. Ein letztes Mal lächelte sie ihm zu, dann spornete sie ihr Pferd mit dem Absatz; sie ritt wieder zur Schlucht hinab.

JACQUES ROUMAIN



VERLAG VOLK UND WELT BERLIN

10. Fortsetzung

„Was könnten wir denn aber tun? Sind wir denn nicht ohne Halt und Stütze dem Unglück gegenüber? Was willst du — das ist Schicksal.“

„Nicht, solange einem nicht die Arme abge- hackt sind und so lange man den Willen hat, gegen Widerstände zu kämpfen. Was würdest du dazu sagen, Anna, wenn die Ebene sich neu begründet, wenn in der Savanne das Gras wüchse wie ein steigender Fluß?“

„Ich würde Dankgebete sprechen für die Tröstung.“

„Was würdest du sagen, wenn der Mais in der feuchten Frische sprießen würde?“

„Ich würde Dankgebete sprechen für die Segenspende.“

„Siehst du die Rispen der Hirse und die nachhafften Amseln, die man daraus ver- jagen muß? Siehst du die Kornfelder?“

„Sie schloß die Augen: „Ich sehe sie.“

„Siehst du die Bananenstauden, die von den Fruchtbündeln zu Bogen gezogen wer- den?“

„Ja.“

„Siehst du die Aehren und die reifen Früchte?“

„Ja, ja.“

„Siehst du den Reichtum?“

„Sie öffnete die Augen.“

„Du hast mich träumen lassen. Ich sehe die Armut.“

„Und das alles würde sein, wenn es was gäbe, Anna?“

„Wenn es Regen gäbe, aber nicht nur ein kleines Sprühen, — es müßte großer, schwe- rer, durchdringender Regen sein.“

„Oder Bewässerungsanlagen, nicht wahr?“

„Aber die Fanchonquelle ist ausgetrocknet und die anderen auch.“

„Stelle dir vor, Anna, stelle dir vor, daß ich Wasser finde, stelle dir vor, daß ich es in

die Ebene leiten könnte.“

Sie sah ihn überrascht an: „Das würdest du schaffen, Manuel?“

Sie betrachtete jeden seiner Züge mit an- gespannter Aufmerksamkeit, als wenn er ihr langsam entschleierte würde, als wenn sie ihn zum erstenmal wirklich sah.

Sie sagte mit einer Stimme, die von Be- wegung erstickt war: „Ja, du wirst es schaf- fen. Ich fühle die Kraft und die Wahrheit in dir. Du bist der Mann, der das Wasser finden wird, du wirst der Herr der Quellen sein, du wirst durch deine überbauten Fel- der schreiten.“

„Nicht ich allein, Anna. Alle werden Teil daran haben, alle werden die Wohltaten des Wassers genießen.“

Sie ließ die Arme mutlos sinken.

„Ach, Manuel, ach, Bruder, den ganzen Tag über fletschen sie drohend ihre Zähne; einer haßt den anderen, die Familie ist un- einig, Freunde von heute sind Feinde von morgen, sie tragen zwei Tote als Fahnen vor sich her, und die Toten sind voller Blut, und das Blut ist noch nicht getrocknet.“

„Ich weiß, Anna, aber hör emir gut zu: es wird ein großes Werk sein, das Wasser bis nach Fonds-Rouge zu führen, es bedarf der Mitarbeit aller, und wenn es zu keiner Ver- söhnung kommt, wird nichts getan werden können.“

Ich will dir mal erzählen: anfangs war man in Kuba ohne Kraft und ohne Wider- stand; der eine hielt sich für einen Weißen, der andere war Neger, und es gab böse Unzuträglichkeiten unter uns; wir waren verstreut wie Sand, und die Grundherren traten den Sand mit Füßen. Aber als wir er- kannt hatten, daß wir alle gleich waren, als wir uns für die Huelga zusammenschlos- sen hatten...“

„Was bedeutet das Wort: Huelga?“

„Ihr sagt hier dafür Streik.“

„Aber ich weiß auch nicht, was das be- deutet.“

Manuel zeigt ihr seine geöffnete Hand: „Sieh dir diesen Finger an, wie mager der ist — und der da ganz schwach und der dort nicht viel stärker, und dieser unselige hat auch nicht viel Kräfte, und jener steht ganz für sich allein.“

Er ballte die Faust: „Ist das, was du jetzt siehst, nicht recht solide, recht massiv, recht kompakt? Sieh, das ist der Streik. Ein NEIN aus tausend Stimmen, die nur eine

sind und das auf den Tisch des Unterneh- mers niederschmettert wie ein Felsblock. Nein, sag ich dir: nein und abermals nein. Keine Leistung, keine Erntearbeit, kein Halm geschnitten, wenn du uns nicht den richtigen Preis zahlst für die Kraft und die Arbeit unserer Arme. Und er — was kann er tun? Die Polizei rufen. Denn die beiden gehören zusammen wie Haut und Hemd. Und: „Geht mir gegen die Briganten vor.“ Wir sind aber doch keine Briganten, wir sind Arbeiter, Proletarier, wie das genannt wird, und wir halten zusammen gegen das Unwetter; einige fallen, aber der Rest hält sich gut, trotz Hunger und Polizei und Gefängnis, und inzwischen wartet das Rohr und verfault auf dem Boden, die Verwal- tung wartet mit den hungrigen Mäulern ihrer Mühlen, der Chef wartet mit der Kal- kulation und allem, was er eskomptiert hat, um seine Taschen zu füllen, und das Ende vom Lied ist, er muß sich die Sache über- legen: Na also, sagt er sich, könnte man nicht verhandeln? Sicher, man kann verhand- len. Das bedeutet, daß man die Schlacht ge- wonnen hat. Und warum? Weil man sich zu einer Linie verschmolzen hat wie die Schul- tern der Berge, und wenn der Wille des Menschen sich hoch und hart macht wie die Berge, dann gibt es keine Kraft auf Erden oder in der Hölle, um ihn zu erschüttern oder zu zerstören.“

Er sah ihn Weiße, über die Ebene, in den Himmel, der sich aufreckte wie eine Fels- wand aus Licht.

„Siehst du, das ist das Größte in der Welt, daß alle Menschen Brüder sind, daß sie das gleiche Gewicht haben auf der Waage der Not und der Ungerechtigkeit.“

Sie fragte demütig: „Und ich? Was ist meine Rolle?“

„Wenn ich das Wasser aus der Erde ge- lockt habe, werde ich es dich wissen lassen, und du fägst dann an, mit den Frauen zu reden. Frauen werden leichter böse, das will ich nicht bestreiten, aber sie haben auch mehr Ge- fühl und fassen die Dinge mit dem Herzen auf und Herz und Vernunft sind manchmal das gleiche. Du müßt sagen: Base Soundso, hast du schon gehört? Was denn? wird sie antwor- ten. Es wird darüber gesprochen, daß der Sohn von Bienamide, der Manuel, eine Quelle ent- deckt hat. Aber er sagt, daß es eine große Ge- schichte ist, sie in die Ebene zu leiten, daß man dazu eine allgemeine Arbeitsgemein-